

Antrag

öffentlich

Datum

13.11.2019

Nummer

A0264/19

Absender

Fraktion DIE LINKE

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates

Herr Hoffmann

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

05.12.2019

Kurztitel

Kampf gegen Kinderarmut: Keine Anrechnung von Kindergeld auf die Regelsätze – Kostenheranziehung abschaffen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt die Landesregierung Sachsen-Anhalts bei ihrem Einsatz auf Bundesebene, dass Kindergeld, Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag nicht auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden. Weitergehend sollen die Begrenzungen von sog. Schüler*innen- und Ferienjobs, Geldgeschenke als auch das Taschengeld im Rahmen des Freiwilligendienstgesetzes aufgehoben werden.

Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt außerdem die Landesregierung Sachsen-Anhalts bei ihrem Einsatz auf Bundesebene, eine Änderung des SGB VIII anzustreben, damit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige nicht mehr wie im bisherigen Umfang zu Kostenbeiträgen für stationäre, teilstationäre und vorläufige Maßnahmen der Jugendhilfe herangezogen werden. Bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung macht die Landeshauptstadt gem. § 92 Abs. 5 SGB VIII von ihrem Ermessen Gebrauch und setzt die Heranziehung der jungen Menschen ab 2020 aus.

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird in den Spitzenverbänden der kommunalen Gemeinschaft entsprechend aktiv.

Begründung:

Über Parteigrenzen hinweg herrscht Konsens bei der Frage der Anrechenbarkeit von Kindergeld und weiteren sog. Einkommen von Kindern und Jugendlichen auf die ALG-II-Sätze von Kindern und Jugendlichen. Dies zeigte auch die Podiumsdiskussion im Rahmen des Fachtages des überparteilichen Netzwerkes gegen Kinderarmut Sachsen-Anhalt am 18. Juni 2019 in Magdeburg.

Als kritikwürdig wird ebenfalls die Kostenheranziehung gemäß § 94 Abs. 6 SGB VIII (sog. 75% Regelung) u.a. von Auszubildenden gesehen, die in ambulanten oder stationären Einrichtungen betreut werden. Dieser Paragraph besagt, dass alle geldverdienenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus stationären Einrichtungen, Wohngruppen und Pflegefamilien 75% ihres Einkommens aus Ausbildung oder Nebenjob abgeben müssen. Eine entsprechende bundesweite Petition will erreichen, dass die Kostenheranziehung abgeschafft wird.

Jenny Schulz
Fraktionsvorsitzende

Dennis Jannack
Kinder-, jugend- und bildungspolitischer Sprecher